Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 18 / 583**
18. Wahlperiode **23.9.2026**

Antrag

des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren,
für Digitalisierung und Europa**

Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welches konkrete Ziel mit der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine verfolgt wurde;

2. wie viele Personen und wer an der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine teilgenommen hat;

3. wie, durch wen und wann die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine vorgenommen wurde und wem die Organisation dieser Reise oblag;

4. inwieweit der Ministerpräsident, weitere Landesministerien, Bundesministerien und/oder der Landtag in die Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine und in die dort abgeschlossenen Vereinbarungen des Landes einbezogen wurden;

5. welche konkreten Ergebnisse und Vereinbarungen bei der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine erzielt bzw. abgeschlossen wurden und welche Folgen sich daraus für das Land Baden-Württemberg insbesondere in rechtlicher, personeller und finanzieller Sicht ergeben.

23.9.2026

Dr. Weirauch, Binder, Fink, Stoch, Wulff SPD

Eingegangen: 23.9.2026 / Ausgegeben: 21.10.2026

Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Begründung

Der Antrag greift die Presseberichterstattung (z. B. SWR, Schwäbische Zeitung) über die mehrtägige Delegationsreise des baden-württembergischen Innenministers in die Ukraine Anfang September auf.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 15. Oktober 2026 Nr. IML-0147-280/1/1 nimmt das Ministerium de Inneren, für Digitalisierung und Europa im Einvernehmen mit dem Staatsministerium und dem Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. welches konkrete Ziel mit der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine verfolgt wurde;

Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in der Ukraine sind in den vergangenen Jahren kriegsbedingt einem hohen Transformationsdruck ausgesetzt, um Herausforderungen zu bewältigen, denen sich dem Grunde nach auch Behörden in Baden-Württemberg ausgesetzt sehen. Hierzu gehört auch die stetige Gefahr durch Drohnen. Der Besuch diente diesbezüglich dem Erfahrungsaustausch. Von Interesse für die Sicherheitsbehörden des Landes ist auch die Verzahnung mit der Privatwirtschaft und die ukrainischen Erfahrungen zu Angriffen durch Sabotage und Desinformation.

Herr Minister Hagel MdL ist zudem der Vorsitzende des Bundesratsausschuss für Fragen der Europäischen Union. Sein Vorgänger in diesem Amt hatte in den Jahren 2022 und 2025 einen digitalen Austausch mit dem EU-Integrationsausschuss des ukrainischen Parlaments, der Verkhovna Rada, gepflegt. Der Bundesrat verurteilt seit 2022 jährlich den russischen Angriffskrieg und verabschiedete 2023 einen begrüßenden Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Ukraine.

Durch den Besuch des neuen Bundesratsausschussvorsitzenden wurde den Verantwortungsträgern vor Ort ein starkes Zeichen der Solidarität übermittelt. Zudem sollte auch auf Ebene des Bundesrats der Dialog zum laufenden EU-Integrationsprozess fortgeführt werden.

2. wie viele Personen und wer an der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine teilgenommen hat;

In der Delegation befanden sich neben Herrn Minister Hagel MdL zwei Personen aus dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa sowie zwei Personen aus dem Polizeipräsidium Einsatz und eine Person aus dem Landeskommando Baden-Württemberg. Darüber hinaus nahmen bis zu neun Vertreter aus Wirtschaft-, Wissenschaft- und Medien an den Terminen des Ministers teil.

3. wie, durch wen und wann die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine vorgenommen wurde und wem die Organisation dieser Reise oblag;

Die Organisation der Reise und die Auswahl der Teilnehmer erfolgte durch das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa und wurde kurzfristig finalisiert. Unterstützend war die deutsche Botschaft in Kiew, die Vertretung des Auswärtigen Amts in Warschau sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung eingebunden.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

4. inwieweit der Ministerpräsident, weitere Landesministerien, Bundesministerien und/oder der Landtag in die Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine und in die dort abgeschlossenen Vereinbarungen des Landes einbezogen wurden;

5. welche konkreten Ergebnisse und Vereinbarungen bei der Delegationsreise des Innenministers in die Ukraine erzielt bzw. abgeschlossen wurden und welche Folgen sich daraus für das Land Baden-Württemberg insbesondere in rechtlicher, personeller und finanzieller Sicht ergeben.

Zu den Ziffern 4 und 5 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

In der Landesregierung waren das Staatsministerium und das Ministerium für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus in Kenntnis. Mit den in der Bundesregierung bzw. nachgeordneten, zuständigen Stellen bestand ein Austausch. Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa hat folgendes vereinbart:

Mit dem Innenministerium der Ukraine wurde durch das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Europa ein Letter of Intent unterzeichnet, der eine Absichtserklärung zur Stärkung der Polizeikooperation darstellt und die gleichgelagerten Herausforderungen in den Bereichen innerer Sicherheit, Krisenvorsorge und Cybersicherheit feststellt. Rechtliche oder finanzielle Verpflichtungen sind explizit ausgeschlossen.

Mit Verantwortungsträgern einer ukrainischen Sicherheitsbehörde wurde ein künftiger Erfahrungsaustausch zur Stärkung von Spionageabwehr und der Bekämpfung von Desinformationskampagnen abgesprochen. Rechtliche, personelle oder finanzielle Verpflichtungen ergeben sich nicht.

Während der Reise unterzeichnete zudem ein deutsches Wirtschaftsunternehmen direkt mit einer ukrainischen wissenschaftlichen Institution eine Vereinbarung.

Hagel

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Europa